

**Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Friedrichshafen**  
**Rede zum Nachtragshaushalt 2009, 30. Juli 2009**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

herzlich willkommen auf dem Boden der Realität: Nach Jahren, nach Jahrzehnten des großen Geldausgebens und der Mammutprojekte ist die Stadt Friedrichshafen finanziell an ihre Grenzen gekommen. Und wenn ich genau sein will, dann muss ich eigentlich sagen: Die Stadt Friedrichshafen hat ihre Grenzen längst überschritten.

Denn was wir heute erleben und mit dem Nachtragshaushalt schriftlich vor uns haben, ist der klare Blick auf die ungeschönte Sachlage: Das Sparbuch, also die Rücklage der Stadt, liegt am Ende des Jahres bei nur noch 29 Millionen und ist damit nahezu aufgebraucht. Wir haben praktisch keine Reserven mehr. Statt in guten Jahren für die schlechten Jahre zu sparen, so wie es jeder vernünftige Privatmensch macht, hat die Stadt in den wirklich fetten Jahren mit den fetten Gewerbesteuer-Einnahmen das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Mit einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik, die die nachfolgenden Generationen im Blick hat, hatte das leider rein gar nichts zu tun. Wir sehen darin vielmehr einen ungunstigen Hang zu Prestigeobjekten und Großinvestitionen. Heute rächt sich die in Friedrichshafen übliche, jahrzehntelange Praxis der überambitionierten Planungen und Ausgaben. Die laufenden Ausgaben und Investitionen überschreiten längst die Einnahmen.

Und es kommt noch schlimmer: Die Stadt ist mit mehr als 50 Millionen Euro hoch verschuldet. Auch wenn diese Zahl nach einem Rekordstand von über 80 Millionen Euro Schulden vor wenigen Jahren in manchen Ohren wie eine gute Nachricht klingen mag, muss man auch hier realistisch sein: Angesichts der aktuellen Haushaltsslage, angesichts der Wirtschaftskrise und angesichts der Lage der Industrie in Friedrichshafen wird der Schuldenberg in den nächsten Jahren wohl wieder kräftig anwachsen. Denn die Stadt, besser: die Mehrheit des Gemeinderats hat es in den vergangenen Jahren – wohlgermerkt in den guten Jahren – versäumt, erst

gar keine Schulden zu machen oder wenigstens die vorhandenen Schulden verstärkt abzubauen.

Stattdessen hat die Stadt in Großprojekte wie Flughafen oder Messe investiert, die anderswo als landespolitische Wirtschaftsförderung laufen: Allein die direkten Investitionen der Stadt in die Messe belaufen sich auf über 80 Millionen. Die städtische Bürgschaft für die zwei neuen Hallen liegt bei 50 Millionen Euro. Hinzu kommen die Investitionen in die Infrastruktur, in die Straßen zur Messe, die sich inzwischen auf weitere rund 20 Millionen beziffern lassen.

Meine Damen und Herren, jetzt werden Sie dagegen halten: „Ja, Frau Blank, denken Sie an die Umwegrentabilität! Und haben Sie nicht die Presseberichte kürzlich gelesen, in denen stand, wie gut die Messe in 2008 gelaufen ist. Die Messe konnte sogar ein paar hunderttausend Euro Gewinn machen.“

Meine Damen und Herren, da halte ich dagegen: Eine Wirtschaftsförderung in diesem Stil ist nicht Aufgabe einer Kommune, das ist Aufgabe des Landes. Denn der größte Teil der Umwegrentabilität bleibt ja gar nicht in Friedrichshafen, der geht in die Region, nach Ravensburg, Überlingen, Lindau und darüber hinaus. In Friedrichshafen selbst bleibt nur wenig hängen. Warum trägt aber dann die Stadt die ganze Last, die ganzen Kosten und Schulden der Messe?

Denn diese Messe ist tatsächlich eine enorme finanzielle Last und kein Gewinn für die Stadt: Öffentlich präsentiert wird ja immer nur die Bilanz der Betriebsgesellschaft der Messe, die jedes Jahr ein Ergebnis plus/minus Null macht. Nicht präsentiert wird die Bilanz der Besitzgesellschaft, die jedes Jahr zwischen zwei- und dreieinhalb Millionen Verlust macht, weil die Einnahmen nicht reichen, um die Zinsen und Kredite zu tilgen. In zehn Jahren kommen da locker 25 bis 35 Millionen Bilanzverlust zusammen, die eines Tages von den Gesellschaftern ausgeglichen werden müssen. Nur falls Sie es vergessen haben: Gesellschafter an der Besitzgesellschaft der Messe ist zu 98 Prozent die Stadt Friedrichshafen. Die Millionenverluste der Messe müssen also irgendwann von der Stadt ausgeglichen werden, sonst droht der Messe-Besitzgesellschaft die Insolvenz.

Die Messe als städtische Messe neu zu bauen war und bleibt deshalb in unseren Augen nicht nur eine finanzielle Fehlentscheidung der Mehrheit des Gemeinderats. Die Messe stellt auch eine Bedrohung für den

städtischen Haushalt und seine Handlungsfähigkeit in der Zukunft dar. Die Messe ist eine schwere Hypothek für diese Stadt.

Aber lassen Sie uns auch nach vorne blicken: Was lernen wir daraus? Wir Grünen lernen daraus, dass eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik anders aussieht. In Zukunft dürfen neue Bauinvestitionen nur begonnen werden, wenn die Finanzierung – auch der Folgekosten! – gesichert ist. Neue Schulden für neue Großprojekte sind in Friedrichshafen nicht mehr drin. Ziel muss sein, die hohen Schulden abzubauen, wenigstens auf den baden-württembergischen Durchschnitt von 623 Euro pro Einwohner. Die Stadt Friedrichshafen wird Ende 2009 mit fast 900 Euro pro Einwohner deutlich über diesem Schnitt liegen.

In diesem Zusammenhang befürworten wir Grüne ausdrücklich die von der Verwaltung vorgeschlagene Sondertilgung von Krediten. Wir sehen auch, dass der nun vorgelegte Nachtragshaushalt der wahrscheinlich erste Haushalt seit Jahren ist, der realistische Züge trägt und der die tatsächliche finanzielle Situation der Stadt Friedrichshafen widerspiegelt. In seiner Grundausrichtung befürworten wir Grüne daher den vorgelegten Nachtragshaushalt 2009.

Aber wir sehen auch noch Änderungsbedarf. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle unseren ersten Antrag vorstellen:

**Mehreinnahmen gehen grundsätzlich in die Rücklage bzw. dienen zur vorzeitigen Schuldentilgung. (siehe Antrag Nr. 1)**

Unsere Begründung:

Auch wenn derzeit eher mit Mindereinnahmen zu rechnen ist, sollte der Gemeinderat Friedrichshafen einen Grundsatzbeschluss fassen, der regelt, wie mit eventuellen Mehreinnahmen in 2009 und den Folgejahren in Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushalt umzugehen ist.

Um den Einstieg in eine nachhaltige Haushaltspolitik zu schaffen, sollten Mehreinnahmen grundsätzlich entweder in die Rücklage gebucht werden oder zur vorzeitigen Schuldentilgung verwendet werden. Eine Verwendung von Mehreinnahmen für Mehrausgaben soll damit ausgeschlossen werden.

So viel zu unserem ersten Antrag.

Außerdem befürworten wir die von der Verwaltung angekündigten strukturellen Maßnahmen, die in unseren Augen dringend und notwendig sind, um die laufenden Ausgaben und Investitionen den sinkenden Einnahmen anzupassen. Denn was dieser Gemeinderat heute beschließen wird, das sind ja keine strukturelle Maßnahmen. Was hier und heute beschlossen wird, das sind kurzfristige Rettungsmaßnahmen, das ist ein kurzfristiges Streichkonzert, das uns im besten Falle ein wenig Luft zum Japsen verschaffen wird.

Für 2009 können wir noch schieben, strecken und streichen.

Aber ab dem Haushalt 2010 müssen Sie, Herr Oberbürgermeister, die Stadtverwaltung und der Gemeinderat Farbe bekennen und festlegen, was wichtig ist und was weniger wichtig ist. Was wir dann brauchen, sind groß angelegte Veränderungen, statt Krisen-Klein-Klein. Dafür wird es von allen Beteiligten eine gehörige Portion Mut und Standfestigkeit brauchen. Und dafür wird es Weitblick brauchen, um die Wirtschaftslage, den demographischen Wandel und die Zukunftsthemen der Stadt richtig einzuschätzen. Nur dann werden wir das Ziel einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik abseits der bloßen Mängelverwaltung erreichen.

Wir Grünen haben dabei klare Ziele vor Augen: Wir verfolgen eine Politik, die den Menschen, seine Bedürfnisse und seine Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Die Lebensqualität in einer Stadt ist entscheidend für die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger und für die Zukunftsfähigkeit einer Stadt.

Deshalb setzen wir uns für klare Prioritäten, für klare Schwerpunkte ein:

1. Bildung und Betreuung müssen weiter verbessert und ausgebaut werden – im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten muss die Stadt alles tun, um Kinder und Eltern in Friedrichshafen zu unterstützen. Dazu zählen wir die Angebote für Unter- und Über-Dreijährige, den Ausbau der Ganztageschulen und die Schulsozialarbeit. Über einige dieser Themen werden wir ja heute noch diskutieren.
2. Die kulturelle und soziale Infrastruktur in dieser Stadt zeichnet sich durch hohe Standards und ein hohes Niveau aus. Denken Sie nur an

das GZH, das Medienhaus, die Musikschule, die Sportplätze, die Sport- und Mehrzweckhallen, das Klinikum und vieles mehr. Vergleichbare Kommunen bieten deutlich weniger. Wir sehen natürlich, dass diese gute Infrastruktur auch eine hohe Lebensqualität in Friedrichshafen mit sich bringt. Wir werden alles daran setzen, diese hohe Qualität zu halten. Das heißt aber auch, dass wir uns in den nächsten Jahren auf Bestehendes konzentrieren müssen. Für uns Grüne ist damit klar: Ausbau und Sanierung geht vor Neubau.

3. Und damit ist unser dritter Schwerpunkt schon definiert: Alle Neuinvestitionen müssen auf ihre Nachhaltigkeit – auch und gerade bei der Finanzierung und den Folgekosten – geprüft werden. Neuinvestitionen auf Schuldenbasis lehnen wir ab.
  
4. Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns die mittel- bis langfristige Reduzierung der Energiekosten der städtischen Gebäude – um Ausgaben zu reduzieren, aber natürlich auch, um das Klima zu schützen. Ein großes Potenzial sehen wir dabei im kommunalen Energiemanagement:

Wir stellen deshalb den **Antrag, die Ausgaben für das kommunale Energiemanagement nicht zu kürzen (siehe Antrag Nr. 2):**

Unsere Begründung:

Eine nachhaltige Haushaltsplanung zeichnet sich auch durch einen nachhaltigen Einsatz von Bewirtschaftungsmitteln für öffentliche Gebäude aus. Ziel muss sein, die in Friedrichshafen zum Teil erheblich überhöhten Energiekosten langfristig zu senken. Um dies zu erreichen, müssen Investitionen in energiesparende Technologien, Dämmsysteme, in erneuerbare Energien etc. getätigt werden. Die Amortisation solcher Investitionen liegt oft zwischen 5 bis 15 Jahren. Investitionen in ein kommunales Energiemanagement sind also als mittelfristige Maßnahme zur Kostendämpfung zu sehen. Außerdem ist eine ständige Überwachung der Energiekosten notwendig.

Zur langfristigen Senkung der Energiekosten im Rahmen des kommunalen Energiemanagements werden deshalb ausreichend Mittel im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt benötigt. Wenn an diesen

Stellen heute gespart wird, bedeutet dies höhere Kosten im laufenden und in zukünftigen Jahren.

Lassen Sie mich zum Schluss noch die beiden anderen Anträge der Grünen Fraktion vorstellen:

Unser Antrag Nr. 3 lautet:

**Einplanung von Mitteln für weitere Maßnahmen innerhalb des Radverkehrskonzepts**

Unsere Begründung:

Die jährlichen Investitionen innerhalb des Radverkehrskonzepts wurden in den letzten Jahren – trotz guter Haushaltslage – bereits erheblich gekürzt. Das widerspricht der ursprünglichen Intention, mittelfristig ein sicheres und sinnvolles Radverkehrsnetz in Friedrichshafen zu schaffen, von dem nicht nur Häfler Bürgerinnen und Bürger profitieren, sondern vor allem auch Schülerinnen und Schüler sowie Urlaubsgäste.

Die nun vorgeschlagene Kürzung im Nachtrag 2009 hätte zur Folge, dass in 2009 nicht einmal mehr Kleinmaßnahmen, wie Ergänzungen der Abstellanlagen, Markierungen, Wegweisungen und Signalisierungen möglich wären.

Von den für 2009 ursprünglich geplanten baulichen Maßnahmen, z. B. zwei weitere Knoten Schulquartier, Querung Riedweg / Obere Mühlbachstraße, Querung Bürgerhaus Kluffern oder Einengung Olgastraße, könnte aufgrund der Kürzung keine einzige umgesetzt werden.

Um wenigstens weitere Kleinmaßnahmen und eine Verbesserung der Radwegsituation im Schulquartier zu ermöglichen, sollten entsprechende Haushaltsmittel für 2009 zur Verfügung gestellt und mit dem AK

Radverkehr abgestimmt werden:

Kleinere Maßnahmen	60.000
zwei weitere Knoten Schulquartier	120.000

Unser vierter Antrag bezieht sich bereits auf den Haushalt 2010, den wir ja schon heute im Blick haben sollten. Deshalb lautet unser Antrag:

**T-City: Prüfauftrag an die Verwaltung zur Vorbereitung der Haushaltsberatung 2010**

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat rechtzeitig zur Haushaltsberatung 2010 eine aktuelle Kosten- und Nutzenrechnung des T-

City-Projekts darzulegen. Insbesondere sollen Gründe für eine Weiterverfolgung oder eines Ausstiegs aus dem Projekt mit den jeweils resultierenden Kosten dargelegt werden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
an Sie und an die Verwaltung, insbesondere an die Kämmerin Frau Freund, geht unser Dank für die klar strukturierten und übersichtlichen Unterlagen und Präsentationen zur Beratung des Nachtragshaushalts 2009. Sie haben uns die Arbeit in der Fraktion, die ja unter hohem Zeitdruck geschehen musste, ganz wesentlich erleichtert. Wir bedanken uns außerdem für die durchgängig öffentliche Beratung des Haushalts in den Ausschüssen – für Friedrichshafen ist dieses Verfahren fast schon revolutionär. Wir möchten Sie ermutigen auch in Zukunft die Vorberatungen – wo immer es möglich ist – öffentlich zu machen. Nur so gibt es Transparenz in der Politik. Nur so werden Entscheidungen verständlich. Nur so können wir die Menschen für die Politik und ihre Entscheidungen gewinnen. Auch und gerade in schlechteren Zeiten.  
Vielen Dank.

Die Grüne Fraktion unterstützt die Grundzüge der Haushaltsplanung für den Nachtrag 2009 – unter Berücksichtigung der von uns vorgeschlagenen Änderungsanträge.